

III CDU – Fraktion im Rat der Stadt Schwelm

Bürgermeisterin der Stadt Schwelm
Frau Gabriele Grollmann
Rathaus – Hauptstraße 14
58332 Schwelm

18. Juni 2019

Klimagerechte Stadtentwicklung Schwelm

Sehr geehrte Frau Grollmann,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm bittet Sie, den nachfolgenden Antrag dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

1. Der Rat der Stadt Schwelm bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens.
2. Der Rat der Stadt Schwelm erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Schwelm ernsthafte Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.
3. Der Rat der Stadt Schwelm erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.
4. Der Rat der Stadt erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Schwelmer Bürgerinnen und Bürger sowie das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes Schwelm.
5. Der Rat der Stadt Schwelm setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und den Aufwuchs von weiterer Bürokratie ab.
6. Der Rat der Stadt Schwelm erklärt seinen Willen, im Zuge der Umsetzung des ISEK ein Verkehrskonzept zu entwickeln, dass es zulässt und ermöglicht, Verkehre soweit als möglich aus der Innenstadt heraus-

zuhalten und die notwendigen Verkehre auf bestimmte Routen und Straßen sowie Parkplätze zu bündeln.

7. Die Stadt Schwelm beginnt noch im Jahr 2019 - gemeinsam mit der AVU - mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität.
8. In der Stadt Schwelm wird ein Beirat für eine klimagerechte Stadtentwicklung eingerichtet, der sich aus den unterschiedlichsten Lebens- und Gesellschaftsbereichen zusammensetzt. Dazu gehören sollen Vertreter der: Schüler, Lehrer, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, dem Beirat für Menschen mit Behinderungen, Wissenschaftler, Techniker, Familien und Senioren, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, AGU, Mieter und Vermieter, Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, AVU. Der Beirat soll die Herausforderungen des Klimawandels und mögliche Maßnahmen für und in Schwelm diskutieren und der Politik Vorschläge für eine klimagerechte Stadtentwicklung machen.

Begründung:

Feststeht und richtig ist, dass es ein ernsthaftes Problem beim Schutz des weltweiten Klimas gibt.

Richtig ist aber auch, dass Deutschland am weltweiten CO₂-Ausstoß einen Anteil von lediglich (je nach Berechnung und Zeitpunkt) etwa 2,3 Prozent hat und keine Kommune allein in der Lage sein wird, wirkstarke Maßnahmen zu ergreifen, um das im Klimaabkommen von Paris festgelegte Ziel von einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu erreichen.

Dennoch muss auch in Schwelm ein ernsthafter Beitrag dazu geleistet werden, dass Deutschland seine Verpflichtung aus diesem Abkommen auch tatsächlich erreicht.

Aus Sicht der CDU ist es dabei überaus wichtig, die Menschen auf dem Weg mitzunehmen, Sie dazu zu ermutigen, aktiv an der Entwicklung der Stadt mitzuwirken; z.B. indem sie ihre Häuser energetisch sanieren.

Verbote oder Bevormundungen sind dagegen für eine breite Akzeptanz einer klimagerechten Stadtentwicklung ebenso kontraproduktiv, wie die Ausrufung des Klimanotstandes.

Erklärt die Stadt Schwelm den Klimanotstand, müssen alle Maßnahmen und Handlungen dahinter zurücktreten. Der Schutz der Artenvielfalt ebenso wie alle anderen Belange des Umwelt- und Naturschutzes, die Sorge dafür, den Menschen in der Stadt bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen würde ebenso hintangestellt, wie die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandortes zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Stadt.

Nicht zuletzt müsste jede Form unnötigen CO₂-Ausstoßes konsequent eingestellt werden.

Es dürfte kein Heimatfest mehr durchgeführt werden, kein Feierabendmarkt oder keine Bierbörse, der Zuschuss für das Freibad müsste umgehend eingestellt werden, da durch die Durchführung und den Betrieb ein nicht notwendiger Co₂ Verbrauch entsteht.

Die CDU setzen auf eine breit akzeptierte, klimagerechte Stadtentwicklung, auf ernsthaftes Handeln.

Dazu sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen.

Oliver Flühöh